

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gelbte Kolonelleise oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gelbte Seite 1.70 M., Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Fall Kronstadts.

Berlin, 19. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet vom 18. März aus Helsingfors: Im Laufe des letzten Nachmittages wurde Kronstadt beseitigt. Um 10 Uhr nachts wuchsen die Ströme der Flüchtlinge an. In der Grenze trafen rund 5000 ein, darunter gut ausgerüstete Truppenteile, das Revolutionskomitee von Kronstadt selbst und der Artilleriechef. Der Grenzkommandant sandte Teile eines Regiments aus, um die zusammengebrochenen Menschen und die Waffen einzusammeln. Das amerikanische rote Kreuz leistet dabei tätige Hilfe. Nach einer unverbürgten Nachricht sollen die Kriegerische Petropawlow und Semastopol gesunken sein. Der Todeskampf Kronstadt dauerte am 17. von 4 Uhr morgens bis 5 Uhr abends. Zwischen den Russischen und den eingedrungenen Kommunisten begann ein Blutbad. Um 7 Uhr morgens waren die Kommunisten wieder aus Kronstadt vertrieben. (?) Tausende Truppenmassen waren 60 000 Mann stark, die Kronstädter Belagerung zählte ungefähr 16 000 Mann.

Stockholm, 18. März. (L. V.) Wie bereits gemeldet, haben die Sowjettruppen Kronstadt im Sturm genommen. Nach Helsingfors-Meldungen sollte am Mittwoch die gesamte verfügbare Artillerie in Petersburg und in den Küstenforts mit stärkstem Feuer gegen Kronstadt und seine Batterien an. Am Donnerstag, morgens 3 Uhr, erfolgte der erste Infanterieangriff über das Eis im Schutze des Nebels von drei Seiten her. Die zum Sturm angeführte 7. Sowjetarmee und andre Truppen, im ganzen etwa 60 000 Mann, trieben den Angriff bis an die Stadt selbst vor; einer Abteilung roter Offizierschüler gelang es, zeitweise in sie einzudringen. Trotzdem war um 9 Uhr vormittags nach heftigem Kampfe der erste Angriff abgeblieben. Um 1 Uhr mittags schickten die Sowjettruppen mit einem neuen Angriff an. Um 8 Uhr abends war die Stadt völlig in ihrer Hand. Ein großer Teil der Aufständischen ist über das Eis nach Finnland geflohen; am Freitagmorgen waren dort bereits 7000 Flüchtlinge gezählt worden. Die finnischen Meldungen lassen erkennen, daß Trocki den Angriff aufs gründlichste vorbereitet hatte, daß ein Freßschlag ausgeschlossen war.

Die Berliner Sowjetmission über die Pace.

OE. Die in Berlin erscheinende russische politische Zeitschrift Nowyj Mir veröffentlicht folgende Erklärung: „Auf Grund von am 16. März erhaltenen Meldungen des Volkskommissars für Auswärtiges Tschitcherin teilt die Berliner Vertretung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik folgendes mit: In Moskau und in Petersburg ist es nach wie vor ruhig. Die Nachrichten über Aufstände in Meskou (Wosow), Orel, Minol, Kurest u. a. sind erfunden. Die Liquidation des Kronstädter Aufstandes geht deshalb langsam vonstatten, weil man keine Zerstörungen in der Stadt anzurichten wünscht. Die zerstörteste unorganisierte Bandenbewegung in einigen ländlichen Ortschaften geht ohne politische Parolen vor sich und ist ausschließlich gegen die Getreideablieferung, Veranlagung gerichtet. Man muß über den unerhörten Misanthropen, der in letzter Zeit in allen Ländern gegen Rußland geführt wird, staunen.“

Die Lage im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet.

Rattowik, 19. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern früh hat sich hier ein bedauerlicher Zwischenfall angezogen. Der Vertreter der Volkszeitung, Herr Georg, wurde von zwei Kriminalpolizisten aus dem Bette geholt und dem französischen Kreiskommandant zugeführt. Den Grund zu dieser Maßnahme bildet eine Notiz, die Herr Georg vor einigen Tagen in seiner Zeitung veröffentlicht hatte und durch die sich der Kreiskommandeur getroffen fühlte. Ohne jede Veranlassung verhaftete der Kommandeur den Berichterstatter und schlug ihm ins Gesicht. Die Vertreter der Presse haben daraufhin ein Telegramm an die internationalisierte Kommission in Opatowitz gerichtet, in dem gegen diese Brutalität Protest erhoben und Sühne gefordert wird. Ein gleichlautendes Telegramm ist der Regierung übermittelt worden.

Abgesehen von diesem Zwischenfall und ähnlichen Vorkommnissen dieser Art, die bei der nationalen Erregung der Volkstreue nicht zu verwundern sind, ist die Ruhe im Abstimmungsgebiet im allgemeinen aufrechterhalten worden. Es ist anzunehmen, daß morgen die Abstimmung nicht gestört werden wird. Die internationalisierte Kommission, das muß anerkannt werden, trifft ihre Maßnahmen in vollster Objektivität und versucht sie ebenso durchzuführen. Es sind erhebliche Truppenverrägerungen nach Oberschlesien gebracht worden. Für die politische Reife der Bevölkerung ist es kein erfreuliches Zeichen, daß ihre Abstimmung militärisch geschützt werden muß, aber unter den gegebenen Umständen ist etwas anderes nicht möglich. Den Nachrichten über Putzschabsichten, die sowohl von deutscher, wie von polnischer Seite verbreitet werden, darf man keinen Glauben beimessen. Es kommen zwar Zwischenfälle vor, aber daß von irgendeiner Organisation die Rede sein kann oder gar von der planmäßigen Vorbereitung irgendeines Putzsches, daran ist nicht zu glauben.

Polnische Siegesmeldungen aus Riga.

Berlin, 19. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Riga wird gemeldet: Zwischen der polnischen und russischen Friedensdelegation ist es zu einer Einigung gekommen. Sie

beruht in den Hauptstreitfragen des Goldschages und des Eisenbahnmateri als auf folgenden Grundzügen: Nach Artikel 13 des Vertrages zahlt Rußland an Polen spätestens in einem Jahre nach der Ratifikation des Friedensvertrages 30 Millionen Rubel in Goldmünzen oder in Goldbarren, als Ersatz für das weggeführte Eisenbahnmateriale wird die Sowjetregierung das gesamte normalspurige Materiale zurückstellen und den Rest mit dem Gesamtbetrag von 27 Millionen Goldrubel, zahlbar entweder in Metallmünzen oder in gleichwertiger Ware, begleichen. Sämtliche von der früheren russischen Regierung nach der ersten Teilung Polens nach Rußland verschleppte Kunstwerte werden von der Sowjetregierung innerhalb zwei Jahre den Polen zurückgestellt. Die Ratifikation des Friedensvertrages soll nach der getroffenen Vereinbarung 30 Tage nach der Unterfertigung und der Austausch der Ratifikationsurkunden nach weiteren 15 Tagen erfolgen.

Die sämtlichen Meldungen, die seit gestern über den Abschluß des russisch-polnischen Friedensvertrages austauschen, sind mit größter Vorbehalt aufzunehmen, Polen hat ein großes Interesse daran, wenige Tage vor der ober-schlesischen Abstimmung den endgültigen polnisch-russischen Friedensschluß bekanntzugeben, weil die Gefahr eines polnisch-russischen Krieges in Oberschlesien sehr realistisch für Polen wirken würde. Bisher stammen aber alle Meldungen über den Frieden zwischen Polen und Rußland aus polnischer Quelle, eine Bestätigung von russischer Seite ist noch nicht erfolgt.

Militärischer Wahnsinn.

München, 19. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Parteitagen in München, Der Kampf, veröffentlicht einen Brief des Major a. D. Paul v. Rautenberg aus Imst in Tirol an einen Münchner Gesinnungsfreund. In diesem Brief heißt es: „Wenn unser bedrücktes Volk auch in London die Rakanalle nur ein weiteres energieloses Nein zurufen muß, so ist das gleichbedeutend für einen Entscheidungskrieg, den ein einiges Deutschland immer noch nicht zu fürchten braucht, ebensowenig, wie Spanien nach 1808. Und zu diesem Kampf, der Ende April beginnen würde, wenn Polen mit Gewalt Oberschlesien zu nehmen versucht, das mit circa 55 Prozent für uns stimmen wird, brauchen wir doch sehr viel Waffen. Es ist also politische Dummheit, noch weiter die Waffen wegzuworfen, wie es der gute deutsche Michel jetzt unklugerweise vornimmt, wobei auch französische Agenten mithelfen. Wehrlos sein heißt eben hilflos sein. Und bei diesen kaum zu vermeidenden Kämpfen werden sich wieder die bayerischen Soldaten als die besten Infanteristen zeigen, und diese werden wieder wie im August 1914 die Franzosen einfach über den Haufen rennen, ohne Mitleid, namentlich bei westlichen Überfällen, die das eigene Land begünstigen muß.“

Die „Berurteilung“ des Soldatenschinders Hiller.

Berlin, 19. März. (L. V.) Im Prozeß gegen den Oberleutnant Hiller wurde gestern das Urteil gefällt. Es lautet: Die Berufung des Gerichtsherrn gegen das Urteil des Kommandantengerichts wird in den ersten beiden Fällen zurückgewiesen. Der Angeklagte wird wegen Mißhandlung eines Untergebenen in einem Fall zu einer Festungshaft von fünf Monaten verurteilt, die unter Einbeziehung der siebenwöchigen Festungshaft in eine Gesamtkstrafe von sechs Monaten Festung umgewandelt wird. Die Kosten des Verfahrens trägt, soweit Zurückweisung der Berufung erfolgt ist, die Staatskasse, im übrigen der Angeklagte.

Erneute Verlegung des Kesselprozesses?

Der seit drei Tagen vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte Prozeß gegen den Hauptmann von Kessel wegen Meineides erlitt gestern eine unerwartete Unterbrechung. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Weinert, der noch am Donnerstag die vielsündigen Verhandlungen zu Ende geführt hatte, erlitt bald nach der Sitzung in seiner Wohnung einen schweren Schwächeanfall, verbunden mit hohem Fieber. Er darf nach ärztlicher Anordnung das Bett nicht verlassen, hofft aber, heute die Verhandlung fortzuführen zu können. Da kein Hilfsrichter zugezogen ist, würde, wenn die Erkrankung des Vorsitzenden von ernsterer Natur und längerer Dauer sein sollte, mit einer erneuten Verlegung des Prozesses zu rechnen sein. Nach der Strafprozeßordnung darf eine Verhandlung nicht länger als drei Tage ausgesetzt und muß am vierten Tage wieder aufgenommen werden. Im vorliegenden Fall müßte demnach die Verhandlung spätestens am Montag fortgesetzt werden. Sollte das nicht gehen, so würde der ganze Prozeß zu späterer Zeit wieder von neuem begonnen werden müssen.

Massenausperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 18. März. Heute ist die von den Arbeitgebern angekündigte Aussperrung in Kraft getreten. Sie betrifft 50 000 Arbeiter vornehmlich der Textil- und Eisenindustrie. Alle Vergleichsverhandlungen sind abgebrochen worden.

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien.

Noch bei keiner Wahl ist so stürmisch um die Stimmen der Bevölkerung gekämpft worden wie bei dieser Abstimmung. Hüben und drüben hat es nicht an den verwerflichsten und niedrigsten Methoden der Agitation gefehlt. Es wurde gelogen, verleumdert, bestochen, bedroht, geschmeichelt; alle Register der Ueberredungskunst waren aufgezogen, alle Segnungen des Himmels wurden den Gläubigen und alle Flagen der Hölle den Widerstrebenden in Aussicht gestellt. Seitdem die internationalisierte Kommission ihres Amtes waltet, sind aber wenigstens die gewaltsamen Mittel der Befehrhung seltener geworden.

Man kann sich leicht vorstellen, daß sich in diesem Lande der nationalen Gegenläufe, die von beiden Seiten noch verschärft worden sind, für sozialistische Erwägungen nur wenig Raum blieb. Trotz Krieg und Revolution ist dieses Gebiet, das zum Teil eine hochentwickelte Industrie hat, von der sozialistischen Arbeiterbewegung erst an der Oberfläche erfaßt worden. Die Ausschungen des ober-schlesischen Proletariats gegen seine kapitalistischen Peiniger, die wir in den letztvergangenen Jahren wiederholt erlebt haben, entsprangen nicht sozialistischer Erkenntnis, sondern dem impulsiven Drange einer unorganisierten Masse nach sofortiger Beseitigung ihres Elends. Auch der „Spartakus“-Aufruhr, dem Hörtzing seinen wenig beneidenswerten Ruhm verdankt, trug diesen Charakter. Bei dem Mangel an sozialistischer organisatorischer Durchbildung des ober-schlesischen Proletariats mußten alle diese Bewegungen bald wieder zusammenbrechen.

So ist es auch erklärlich, daß die Unabhängige Sozialdemokratie sich bisher in Oberschlesien noch nicht entwickeln konnte, und daß die wenigen, aber hoffnungsvollen Reste unserer Organisationen sich nach der Spaltung fast ausnahmslos den Kommunisten angeschlossen, die den auf sie hörenden Arbeitern alles das versprochen, was wir ihnen auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse nicht geben konnten. Inzwischen ist aber die kommunistische Bewegung in Oberschlesien kläglich zusammengebrochen, und das haben sie ihrer närrischen Paroleausgabe zu danken. Die Berliner Zentrale befahl, daß man für Sowjetrußland stimmen sollte, die ober-schlesischen Kommunisten predigten dagegen Stimm-enthaltung. Darüber kam es zum tollsten Durcheinander, und den Schluß bilden einige armselige Parteirammer, trotz des von den Kommunisten in Oberschlesien aufgebauten umfangreichen Beamtenapparates.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hatte sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß sie es als internationale sozialistische Partei den einzelnen Abstimmungsberechtigten selbst überlassen müsse, ob sie sich für Deutschland oder für Polen entscheiden wollten. Trotzdem dürfen wir aber die Abstimmungsaktion nicht so auffassen, daß wir uns jeder Stellungnahme dazu zu enthalten hätten. Wir haben zu untersuchen, ob durch den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland oder durch seinen Verlust an Polen die Interessen des ober-schlesischen Proletariats, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und schließlich die Interessen des internationalen Sozialismus am besten gewahrt werden. Diese Stellungnahme hat mit Nationalismus nichts zu tun, im Gegenteil, sie führt uns aus den Niederungen der nationalen Verbebung auf die Höhe wahrer sozialistischer Erkenntnis.

Deutschland wie Polen sind Länder mit kapitalistischer Wirtschaft und Staatsverfassung. Aber deswegen wäre es doch nicht zu sagen, daß die ober-schlesischen Arbeiter von Deutschland ebenso wenig wie von Polen zu erwarten hätten. Deutschland hat eine hochentwickelte Wirtschaft, die in vielen ihrer Zweige reif zur Sozialisierung ist. Die Arbeiterbewegung ist trotz der Spaltung ihrer politischen Organisationen der ausschlaggebende Faktor auch unter der Heglerung des Bürgerturns. Die deutsche Arbeiterklasse muß zum herrschenden Faktor in Deutschland werden, wenn sie sich auf dem Boden gemeinsamer Aktionen zur Durchführung der sozialistischen Forderungen wieder zusammenschließt. Eine bürgerliche Regierung kann in Deutschland gegen die Arbeiterklasse vorübergehend eine kleinliche Nadelstichpolitik treiben, niemals aber kann die Arbeiterklasse aus der politischen Entwicklung Deutschlands ausgeschaltet werden.

Die polnische Staatswirtschaft ist noch weit mehr gerüttelt als die deutsche. Selbst wenn Polen Oberschlesien bekäme, so könnte es seine Wirtschaft nur mit ausgedehnter Hilfe des ausländischen Kapitals aufbauen. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die Verwirklichung sozialistischer Forderungen nicht abhängig ist von dem etwaigen guten Willen der polnischen Bourgeoisierregierung, sondern verhindert werden muß durch die Profitinteressen des ausländischen Kapitals. Dazu kommt, daß die Arbeiterbewegung in Polen nicht nur organisatorisch, sondern auch in ihrer sozialistischen Erkenntnis über die ersten Anfänge noch nicht hinausgekommen ist. Und bisher hatte sich schon mit